

Februar 2025

---

# INNOVATION ALS MOTOR DER STANDORTZUKUNFT DEUTSCHLANDS

---

Forum Innovation zur Richtungswahl 2025:  
Die Positionen der Parteien

## INNOVATION ALS MOTOR DER STANDORTZUKUNFT DEUTSCHLANDS

Begleitend zum Forum Innovation zur Richtungswahl 2025 haben Stifterverband, Leopoldina und VolkswagenStiftung die im Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen zur schriftlichen Stellungnahme zu den veröffentlichten sechs Hebeln für eine neue Forschungs- und Innovationspolitik eingeladen.

**HEBEL 1:** Neuordnung und Stärkung eines Bundesministeriums für Forschung und Innovation

**HEBEL 2:** Abbau von regulatorischen Hürden, Regulatorik als Ermöglichung

**HEBEL 3:** Umsetzungsfokussierte Strategieplanung und Roadmapping für priorisierte Missionen

**HEBEL 4:** Ziele vorgeben, Wege offenlassen

**HEBEL 5:** Abbau von Kooperations- und Finanzierungshindernissen

**HEBEL 6:** Vom Brain-Drain zum Brain-Gain

Geantwortet haben die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD.

Die Antworten der vier Parteien zeigen trotz politischer Differenzen einige Gemeinsamkeiten auf. So sprechen sich drei Parteien in Bezug auf Hebel 1 für eine Neuaufstellung der Ministerien aus, mit dem Ziel Forschungs- und Innovationspolitik zu bündeln. Bündnis 90/Die Grünen betonen hingegen eher die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Ressorts. Alle Parteien wollen sich der Aufgabe stellen, Bürokratie abzubauen und Regulatorik zu vereinfachen (Hebel 2), aber bleiben vage, wie das passieren soll. Bündnis 90/Die Grünen nennen dafür lediglich das Reallaborgesetz, die SPD das Forschungsdatengesetz. Die FDP nennt als Beispiel für notwendige Technologieoffenheit (Hebel 4) den Abbau von Beschränkungen der Gentechnologie und das Zurückfahren der Taxonomie, während CDU/CSU ein Innovationsfreiheitsgesetz mit Vereinfachungen bei Beihilfe und Gemeinnützigkeitsrecht für Forschungseinrichtungen umsetzen will.

Alle Parteien sehen die Notwendigkeit einer umsetzungsfokussierten Strategieplanung (Hebel 3) zur Skalierung von Innovationen. In ihren Antworten bleiben sie allerdings weitgehend unkonkret dazu, wie dies gelingen soll und auf welchem Wege Roadmaps entwickelt und Priorisierungen erreicht werden können.

Um mehr Innovationsinvestitionen zu ermöglichen (Hebel 5), sprechen sich CDU/CSU und FDP für einen Abbau von Trennwänden zwischen ziviler und sicherheitsrelevanter Forschung aus. Bündnis 90/Die Grünen und die SPD betonen hingegen eher die Chancen geeigneter Transferorganisationen und wollen die DATI zum Erfolg führen. Die CDU/CSU spricht sich für eine wieder verstärkte Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung vor allem für den Mittelstand aus.

Die bisherigen Positionierungen der Parteien im Wahlkampf lassen insgesamt **keine** hohe Priorität von Forschungs- und Innovationspolitik erkennen. Auch entsteht vielfach der Eindruck, dass in den Parteien viel Unklarheit vorhanden ist, mit welchen Instrumenten Forschungspolitik und mit welchen Instrumenten Innovationspolitik gemacht werden soll. Letztere aber ist vor allem von entscheidender Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit des Standorts kann nur durch einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zur Schaffung echter Innovations-Spitzenzentren an den Schnittstellen von Wissenschaft und Wirtschaft gelöst werden. Eine neue Bundesregierung muss diese Notwendigkeit erkennen und die Chancen dazu nutzen.

Im Anhang finden Sie die Stellungnahmen der einzelnen Parteien zum Thesenpapier von Stifterverband, Leopoldina und VolkswagenStiftung als Synopse.

## Hebel 1: Neuordnung und Stärkung eines Bundesministeriums für Forschung und Innovation



Neuzuschnitt des BMBF: Wenn es darum geht, die Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik des Bundes zukunftsfest auf eine solide strategische Basis zu stellen und zugleich Bildungspolitik aus einem Guss zu ermöglichen, sollte nach der Bundestagswahl am 23. Februar die Schaffung eines Bundesministeriums für Bildung, Forschung und Innovation (BMBFI) in Angriff genommen werden. Eine Zersplitterung der Zuständigkeit für Forschung und Innovation auf verschiedene Bundesressorts fördert Silodenken und Bürokratie, während Agilität verhindert wird. Deshalb sollte das BMBFI ressortübergreifende Koordinationsaufgaben übernehmen und u. a. Forschungsziele und Budgets mit den fachlich betroffenen Ressorts abstimmen. Die Mission des BMBFI muss in diesem Zusammenhang konsequent auf Bürokratieabbau ausgerichtet sein.

Die Ressortforschung bleibe davon unberührt. Zum einen planen CDU und CSU in ihrem Wahlprogramm ein eigenes Digitalministerium, zum anderen deckt die Ressortforschung eine breite Palette an wissenschaftsbasierten Fachaufgaben ab. Diese in einem Haus zu bündeln, fördert gerade nicht Agilität, sondern führt zu langwierigen Integrationsprozessen, die den Rahmen einer Legislaturperiode schnell sprengen. Sinnvoller wäre es, die wissenschaftliche Politikberatung zu bündeln und bspw. die EFI-Kommission und den Rat der Wirtschaftsweisen zusammenzuführen. Für Effizienzgewinne wollen wir zudem prüfen, ob die Zuständigkeit für die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im Bundesforschungsministerium verankern werden sollte. Eine Kultur der Vernetzung über die staatlichen Ebenen hinweg ist richtig und wichtig. Die GWK und die neu geschaffene Wissenschaftsministerkonferenz bieten Raum und Möglichkeiten für eine engere Kooperation und die Nutzung von Synergieeffekten zwischen Bund und Ländern.



Die SPD spricht sich für eine Neuaufstellung der Innovationspolitik in Deutschland aus. Dazu sollen u.a. die Forschungs- und Innovationsaktivitäten des Bundes gebündelt werden. Zudem muss sich die inhaltliche Ausrichtung stärker als bisher an den zentralen Zukunftsfragen der Transformation wie z.B. Klimaneutralität, Demografischer Wandel, nachhaltige Mobilität, Digitale Souveränität und soziale Innovation orientieren. Zudem wollen wir weniger Bürokratie, kohärentes Handeln der Ressorts und einen schnelleren Transfer von Ergebnissen in die Praxis und deren Skalierung. Forschungspolitik muss dabei auch immer international gedacht werden. Um im globalen Wettbewerb anschlussfähig zu sein, braucht es eine stärkere Abstimmung nationaler und europäischer Initiativen. Zudem wollen wir die Wissenschaftskommunikation stärken, um Bürgerinnen und Bürgern den Mehrwert einer starken und unabhängigen Wissenschaft zu verdeutlichen und ihre Ergebnisse der Allgemeinheit zugänglich zu machen.



Wir brauchen einen agileren Politikstil mit besserer Verzahnung einzelner bestehender Innovationsaktivitäten der Ministerien. Das bisherige Silodenken der Ministerien müssen wir überwinden. Die Bundesregierung hat in dieser Wahlperiode mit der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation einen ersten Neubeginn in der ministeriellen Zusammenarbeit gestartet, in dem sich interministerielle Missionsteams gefunden haben. Wir wollen den Aufbau dieser Missionsteams weiterführen und ihnen im nächsten Schritt eigene Budgets zur Verfügung stellen. Innerhalb der Ressorts müssen wir außerdem die innovationspolitische Kompetenz insgesamt stärken. Alle Ressorts brauchen daher eine klare personelle Zuständigkeit für Forschung und Innovation. Zudem braucht es eine gemeinsame Anstrengung, die Idee des Zukunftsrats der Bundesregierung in geeigneter Struktur weiterzuentwickeln.



Die innovativen Köpfe Deutschlands werden von der Grundlagenforschung bis zum innovativen Geschäftsmodell noch allzu sehr durch die staatliche Förderbürokratie ausgebremst. Dabei ist ihnen egal, welches Ressort dafür Verantwortung trägt. Damit wir aus undurchsichtigen und verwirrenden Förderstrukturen rauskommen, bedarf es einer Bündelung der gesamten Innovationspolitik in einem Ministerium. Der Bundesvorstand der FDP schlägt vor, die Kompetenzen für Innovationspolitik in einem neu zu schaffenden Digitalministerium zu bündeln. Mit der Zukunftsstrategie hat Bettina Stark-Watzinger als Forschungsministerin in der gegenwärtigen Legislaturperiode bereits einen ambitionierten Aufschlag für eine ministeriumsübergreifende Forschungs- und Innovationspolitik vorgelegt. Dabei handelt es sich um ein Novum, bei dem sicherlich noch nicht alles reibungslos verlief – auch, weil ministerielle Gewohnheiten und das Silodenken nicht leicht zu überwinden sind. Für faire Karrieren in den Hochschulen und in der Wissenschaft sollen Bund und Länder gemeinsam ein Konzept für offenere Hochschul- und Personalstrukturen mit mehr entfristeten Stellen erarbeiten. Hierzu wollen wir prüfen, inwieweit der Bund das Tenure Track-Programm inhaltlich und finanziell erweitern kann. Dabei sollen die Hochschulen zwischen Gestaltungsoptionen wählen können, darunter Personalkategorien und Organisationsformen der Fakultäten. Auf diese Weise wollen wir einen echten Wettbewerb entzünden für ein attraktives und leistungsfähiges Wissenschaftssystem. Für junge Wissenschaftlerinnen ist es nach wie vor schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hinzu kommt ein Gender Pay Gap für Professorinnen, der in den letzten Jahren an den Hochschulen nahezu stabil geblieben ist. Diese Einkommensschere müssen wir kritisch hinterfragen. Grundsätzlich muss für vergleichbare Arbeit ein vergleichbarer Lohn gezahlt werden. Damit Wissenschaftlerinnen zudem ihren familiären Verpflichtungen besser entsprechen können, wollen wir auf der Grundlage des Exzellenzgedankens Kinderziehungszeiten, Pflege und Auslandsaufenthalte bei Auswahlverfahren stärker gewichten.

## Hebel 2: Abbau von regulatorischen Hürden, Regulatorik als Ermöglichung



Deutschland verfügt über eine weltweit beachtete Grundlagenforschung. Diese Stärke werden wir ausbauen, indem wir der Grundlagenforschung mehr Freiheit und Gewicht auch im Rahmen des Haushalts einräumen.

Innovationsfreiheitsgesetz kommt: Die CDU will der Forschung neue Freiräume ermöglichen. Dazu werden wir das Besserstellungsverbot für gemeinnützige Forschungseinrichtungen flexibilisieren, damit sie leichter qualifiziertes Personal gewinnen können. Hiervon profitiert vor allem der Forschungsmittelstand. Darüber hinaus werden wir bürokratische Hürden im Beihilfe- und Gemeinnützigkeitsrecht abbauen (rechtssichere Auslegung für staatliche Beihilfen zur Förderung von F&E / wissensintensive Gründungen als gemeinnützig anerkannter Satzungszweck in § 52 Abgabenordnung verankern). Denn es steht fest: Je mehr Wissenschaftsfreiheit, desto mehr Innovationspotenzial gibt es.

Um das Gründen und Ausgründen aus Wissenschaftseinrichtungen voranzutreiben, werden wir eine nationale Patent- und Ausgründungsstrategie mit klaren Best-Practice-Standards auflegen. „Gründerschutz-zonen“ sollen Gründerinnen und Gründern in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften befreien. Gleichzeitig sollen Bund und Länder den Wissenschaftseinrichtungen mehr Freiheiten bei der Gestaltung von Transferprojekten einräumen und dabei rechtssichere, aber flexible Formen des Schutzes geistigen Eigentums schaffen (z. B. Musterverträge, Verwertungsprivileg für Dienstleistungen geht an den Erfinder und sein Team, sofern sie die Erfindung in einem bestimmten Zeitraum, zum Beispiel einem Jahr, in ein konkretes Gründungsprojekt überführen).

Pakt für Forschung und Innovation IV (2021-2030): Neben einer verlässlichen Grundfinanzierung werden auch künftig Forschungsmittel wettbewerblich vergeben. Zudem wollen wir einen Experimentierraum innerhalb des PFI schaffen. In diesem geschützten Raum kann bspw. ausprobiert und evaluiert werden, wie Forschungsk Kooperationen erleichtert oder die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastrukturen gestaltet



Wir wollen Bildung, Forschung und Innovation als Treiber für Wachstum, Wohlstand und sozialen Fortschritt weiter stärken. Dazu wollen wir bürokratische Hürden abbauen, Nachweispflichten auf das Nötige reduzieren und eine einheitliche Auslegung des Datenschutzes ermöglichen. Die Mittel für Forschung und Innovation wollen wir weiter steigern und halten an den Finanzierungszusagen des Bundes fest. Wir wollen ein Forschungsdatengesetz, das nach dem Vorbild der in dieser Wahlperiode verbesserten Datennutzung im Gesundheitsbereich den Zugang von Wissenschaft und Forschung zu relevanten Daten verbessert. Wir bekennen uns zur Freiheit von Forschung und Lehre. Die Auswahlverfahren der Forschungsförderung sollen nach Vorstellung der SPD immer nach wissenschaftsgeleiteten Kriterien erfolgen.



Aus guten Ideen müssen auch bahnbrechende Erfindungen und nutzbare Anwendungen werden können. Dafür brauchen wir ein Reallaborgesetz, das rechtliche Klarheit über die dafür notwendigen regulatorischen Freiheiten und Experimentierräume gibt, damit neue Technologien offen erprobt und angewendet werden können. Wir brauchen zudem einen Abbau unnötiger Bürokratie, damit Forscher\*innen sich auf ihre Forschung fokussieren können. Dafür müssen unter Gewährleistung einer sicheren Forschung Förderrichtlinien und Verwaltungsprozesse auf innovationshemmende Regulierungen und Dokumentations- und Berichtspflichten hin überprüft und angepasst werden. Im Bereich der Projektförderung wollen wir eine große Strukturreform, die die Rolle aller staatlichen Akteure im Innovationssystem neu definiert und eine flexible und bürokratiearme Umsetzung von Projekten und der Projektfinanzierung ermöglicht. Die Chancen der Digitalisierung sollten dabei konsequent genutzt werden.



Exzellente Forschung – sowohl öffentlich als auch privat – ist für uns Freie Demokraten ein zentrales Ziel. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind Wissenschaftsfreiheit und optimale Rahmenbedingungen erforderlich, die Innovationen ermöglichen statt hemmen. Deshalb ist eine strategisch gestaltete und unbürokratische Forschungs- und Innovationsförderung entlang des gesamten Forschungsprozesses – von der Grundlagenforschung bis zur marktreifen Innovation – unverzichtbar. Die genannten Beispiele der datengestützten und der biomedizinischen Forschung verdeutlichen aber auch, dass es oft mehr braucht als Forschungsförderung. Biotechnologie beruht heute in vielen Fällen auf modernen gentechnologischen Verfahren. In Deutschland aber bremsen veraltete Regeln neue Anwendungsfelder der Gentechnologie. Diesen hinderlichen Rechtsrahmen wollen wir reformieren und die Stammzellenforschung stärken. Auch in anderen Bereichen, wie den neuen Züchtungstechniken oder der Kernfusion, behindert fehlgeleitete Regulierung aktiv den Fortschritt. Hier ist eine evidenzbasierte Neuausrichtung erforderlich, die sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene vorangetrieben werden muss. Mit einem Forschungsdatengesetz wollen wir zudem den Zugang zu Forschungsdaten rechtssicher und einfach gestalten – sowohl für die öffentliche als auch die private Forschung. Ein German Micro Data Center soll dabei als zentraler Datentreuhänder fungieren, der Statistik- und Registerdaten effizient bündelt und verknüpfbar macht. Die konsequente Nutzung und Weiterentwicklung von Experimentierräumen ist ein weiterer Schlüssel, um regulatorische und institutionelle Neuerungen voranzutreiben. Solche Freiräume schaffen die notwendige Flexibilität, um innovative Ansätze zu erproben und den Innovationsstandort Deutschland langfristig zu stärken.

werden kann. Denkbar ist in diesem Zusammenhang ein eigenes Reallaborgesetz, um Innovationen zu erproben und das regulatorische Lernen zu fördern. Das Monitoring des PFI soll verschlankt und über ein datenbasiertes öffentliches Tool zugänglich sein.

Die notwendige Digitalisierung des Wissenschaftssystems weist weit über den Umgang mit Daten und digitalen Plattformen hinaus: E-Science eröffnet der Forschung neue Methoden zur Mustererkennung oder zur Übertragung von Wissen auf neue Problemstellungen und Zusammenhänge. Um die Potentiale von E-Science in allen Wissenschaftsbereichen auszuschöpfen, werden wir die Modernisierung der Wissenschaften als Grundlage weiterer substanzieller Innovationen in Deutschland vorantreiben.

### Hebel 3: Umsetzungsfokussierte Strategieplanung und Roadmapping für priorisierte Missionen



Die Zukunftsstrategie Forschung und Innovation der Ampel hat sich als nicht praktikabel herausgestellt. Wir wollen stattdessen eine Forschungs- und Innovationsstrategie aufsetzen, die sich auf das Finden von Lösungen für akute gesellschaftliche Herausforderungen und die Stärkung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit konzentriert. Im Rahmen dieser Forschungs- und Innovationsstrategie aus einem Guss gilt es, in der nächsten Legislaturperiode Kernvorhaben zu identifizieren und in der Förderpolitik zu priorisieren. Durch dieses ressortübergreifende Programm stärken wir unsere technologische Souveränität und unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Bei der Umsetzung der Forschungs- und Innovationsstrategie setzen wir auf innovative Förderkonzepte, insbesondere den Portfolio-Ansatz von etwa zehn bis zwanzig Technologien, darunter Quanten, Biotech und Fusionsenergie (Erarbeitung einer nationalen Technologie-Roadmap). Hierbei geht es darum, frühe Technologien zu identifizieren und den Staat als Ankerkunden zu gewinnen, um realistisch eine globale Marktposition aufzubauen. Staatliche Forschungsgelder werden wir stärker mit privatem Kapital hebeln. Auch der Verteidigungsetat wird hierzu beitragen. Im Zuge eines internationalen Technologie-Scoutings sollen die ausgewählten Forschungsthemen alle zwei Jahre angepasst werden.

Des Weiteren werden wir die KI-Strategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2018 weiterentwickeln. Auch die Forschung zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit wollen wir ausbauen, insbesondere mit Blick auf grüne Informations- und Kommunikationstechnologien (Green ICT). Die Deutsche Allianz Meeresforschung (DAM) gilt es mit Blick auf die Erforschung eines nachhaltigen Umgangs mit Küsten, Meeren und Ozeanen weiter zu stärken.

Außerdem werden wir die Verzahnung von ziviler und militärischer Forschung (Dual Use) vorantreiben. Um Synergieeffekte besser zu nutzen, setzen wir uns für die Errichtung einer Europäischen DARPA (US-Behörde für Forschungsprojekte der Verteidigung) ein. Hierzu bringen die SPRIND und die Agentur für Innovation in



Mit der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation hat die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode gemeinsame Missionen definiert. Mit diesem Ansatz sollen große gesellschaftliche Herausforderungen wie die Bewältigung des Klimawandels, des demografischen Wandels oder der digitalen Souveränität durch gemeinsames Handeln angegangen werden. Diesen Weg wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Zudem wollen wir den Transfer und die Skalierung von Innovationen stärker fördern.



Unsere Forschungspolitik umfasst freie Grundlagenforschung ebenso wie missions- und anwendungsorientierte Forschung sowie den Transfer in marktreife Produkte. Wir werden die Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage ausweiten. Darüber hinaus folgt unsere Innovations- und Standortpolitik einem strategischen Ansatz: die ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftlicher Erfolg geht mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit einher. Wir verbinden die Stärke der freien Marktwirtschaft mit klaren Leitplanken für eine nachhaltige Entwicklung. Wir haben in dieser Legislatur die Agentur für Sprunginnovation (SPRIND) entfesselt, die in meilensteinbasierten Wettbewerben gezielt Lösungen für große Herausforderungen sucht (z.B. Entwicklung antiviraler Wirkstoffe oder neue Energiespeicherlösungen). SPRIND werden wir stärker und noch häufiger einsetzen



Ob Wirtschaftswachstum oder erfolgreiche Klimapolitik: Ohne Forschung und Innovation kann beides nicht gelingen. In der Forschungs- und Innovationspolitik müssen wir strategischer und erfolgsorientierter vorgehen. Die Politik des Bundes muss sich dabei konkret an übergeordneten strategischen Zielen orientieren, anstatt sich in kleinteiligen Förderlinien und Doppelstrukturen zu verlieren. Für uns Freie Demokraten sind die Leitplanken solcher strategischen Ziele eindeutig: wissenschaftliche Exzellenz, Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität. Die Festlegung dieser Ziele muss von der gesamten Bundesregierung mitgetragen und im engen Austausch mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft abgestimmt werden. Zu einem strategischen Vorgehen gehören außerdem klare zeitliche Planungen, transparente Erfolgsindikatoren und rigorose Evaluation.

der Cybersicherheit ihre Expertise ein und verstetigen ihren Informationsaustausch. Die nationale Trennung von militärischer und ziviler Forschung bleibt erhalten, das heißt, für Verteidigungsforschung ist das Verteidigungsministerium zuständig, das Forschungsministerium für zivile Sicherheitsforschung. Gleichwohl werden beide Häuser eng zusammenarbeiten.

Mit Blick auf die technologische Souveränität Europas ist ein starker Halbleiterstandort in Deutschland von herausragender Bedeutung. Dazu starten wir eine bundesweite Fachkräfteinitiative Mikroelektronik. Die „Forschungsfabrik Mikroelektronik Deutschland“ (FMD) ist hierzu ein wichtiger Schritt, denn sie schlägt die Brücke von der Grundlagenforschung hin zur kundenspezifischen Produktentwicklung. Darüber hinaus begleiten wir das Ausbildungscluster Mikroelektronik (SAM) bei Dresden. Wir wollen prüfen, wie der Fachkräftebedarf in der Halbleiterbranche abgesichert werden kann. [Damit die Ausbildungsordnungen mit der technologischen Entwicklung Schritt halten können, müssen sie deutlich schneller aktualisiert werden. Hier kann der Zugang zur Forschungspraxis zeitnah wichtige Hinweise geben.

## Hebel 4: Ziele vorgeben, Wege offen lassen



Das Wissenschaftssystem in Deutschland gehört mit leistungsstarken Hochschulen, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der DFG zu den Besten der Welt. Damit das so bleibt, wollen wir unser exzellentes Wissenschaftssystem zusammen mit nationalen, europäischen und internationalen Partnern weiterentwickeln. Hierbei sind Mut zum Umbau und zur Fokussierung der vorhandenen Mittel erforderlich. Neben mehr Effizienz und einem Abbau von Bürokratie wollen wir vor allem Autonomie und Eigenverantwortung stärken, um Gründergeist anzuregen und Innovationen zu ermöglichen.

Wir werden die Erfolgsgeschichte des Pakts für Forschung und Innovation IV (2021- 2030) fortschreiben und ihn dazu neu justieren: Basierend auf den Ergebnissen der Zwischenbewertung im Monitoringbericht 2024 erarbeiten Bund und Länder mit den PFI-Organisationen im ersten Halbjahr 2025 für die zweite Pakt-hälfte (2026 bis 2030) neue Zielvereinbarungen. Mit Blick auf einen zunehmend harten internationalen Wettbewerb um Innovationen muss es Bund und Ländern dabei in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelingen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der vier außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der DFG nachhaltig zu stärken.

Ziel ist es, den PFI auf der Grundlage von Exzellenz, Freiheit und Wettbewerb weiterzuentwickeln. Außerdem wollen wir das Thema Entrepreneurship als neues Förderkriterium festlegen und die Pakt-Mitglieder verpflichten, mehr Nachwuchsgruppen zu gründen. Zugleich wollen wir eine schlanke Governance und ein transparentes, daten- und KI-basiertes Monitoring. Im Kern geht es darum, die jeweiligen Stärken der Einrichtungen weiter zu stärken und sie für mehr Kooperationen untereinander und mit der forschenden Wirtschaft zu gewinnen.

Vorschläge zur Reform der Innovationsförderung durch Bürokratieabbau:

- Standardisierung bei Bundes- und Landesförderungen / Harmonisierung mit dem EU-Beihilferecht



Wir wollen die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation künftig so aufstellen, dass Innovationen "Made in Germany" schneller gefördert werden und in die Anwendung kommen. Dort, wo der Staat neue Technologien fördert, ist eine Steuerungswirkung beabsichtigt. Es ist unser Ziel, Zukunftstechnologien wie vollelektrische Antriebe, CO2-freie Stahlproduktion oder RNA-basierte Krebstherapien aus Deutschland zu entwickeln. Der Weg zu diesen Zielen ist dabei offen. Einen Rückschritt zu Technologien des 20. Jahrhunderts wie z.B. der Atomkraft lehnen wir ab.



Wir befinden uns in einer herausfordernden Weltlage, in der es auch darum geht, unsere Ziele und Werte zukünftig schützen zu können. Dabei bedeuten exzellente Forschung und Innovationskraft im internationalen Kontext Relevanz und Gestaltungsmacht. Hier müssen Deutschland und Europa sich neu aufstellen. Wir müssen zeigen, dass wir reformfähig sind und Innovationen beschleunigen können. Quantentechnologien, Künstliche Intelligenz, Mikroelektronik, Biotechnologie, Clean-Tech und Raumfahrt sind einige der Schlüsselbereiche, die für unsere strategische Souveränität wichtig sind und für die wir meilensteinbasiert jeweils die nächsten Entwicklungsziele definieren und diese mit den notwendigen Investitionen und Budgets entschlossen umsetzen müssen. Zudem sollten wir bei neuen Gesetzen darauf achten, keine neue Bürokratie aufzubauen, die wissenschaftliches Arbeiten und die Erforschung disruptiver Innovationen zum Wohle unserer Umwelt und demokratischen Gesellschaft erschwert.



Wir wollen sicherstellen, dass der Weg hin zu Fortschrittstechnologien der Wissenschaft, den Forscherinnen und Forschern sowie dem technologischen Wettbewerb überlassen wird. Zudem sollen alle vorhandenen technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Viele Technologien sind in anderen Ländern bereits etabliert, werden in Deutschland aber noch nicht genutzt. Wir wollen daher ein technologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz. Das beste Beispiel hierfür ist, dass wir damit in Deutschland durch exzellente Fusionsforschung die Voraussetzungen für den Bau von Fusionskraftwerken schaffen wollen. Die Kernfusion bietet erhebliche Potenziale im Hinblick auf die Energieversorgung, Energiesouveränität, Klimaneutralität und Innovationskraft Deutschlands. Zu diesem Zweck wollen wir außerdem räumlich begrenzte regulatorische Freiräume, sogenannte Freiheitszonen, einrichten. Nur so sichern wir einen geeigneten, offenen rechtlichen Rahmen.

- Förderportal mit standardisierten Anforderungen an Antragsteller, Hinterlegung von Daten (z.B. Bonitätsunterlagen, Bank- und Kontaktdaten)
- mehr Pauschalen und Reduzierung von Abrechnungsarten
- Beschleunigung durch Skizzeneingang und interne Begutachtung (d. h. Verzicht auf externe Gutachter)
- Genehmigung des vorzeitigen Projektstarts auf eigenes Risiko
- Reduzierung der Prüftiefe bei Antragstellung und Bewilligung durch Verlagerung der Nachweispflichten und Prüfungen in Projektlaufzeiten und Abschluss

## Hebel 5: Abbau von Kooperations- und Finanzierungshindernissen



Für Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der Forschungsfinanzierung bekennen wir uns zum Ziel, dass Wirtschaft und Staat bis 2030 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.

Forcierung einer innovationsorientierten öffentlichen Beschaffung durch vorkommerzielle Aufträge: Wie bereits erfolgreich bei Trägerraketen und Quantencomputern von der letzten Bundesregierung gezeigt, sind vorkommerzielle Aufträge das richtige Instrument für die Förderung von Startups. Klassische Fördermittel sind zumeist zu bürokratisch und zu langsam, insbesondere helfen sie nicht, Wagniskapital einzuwerben. Anders staatliche Aufträge, die bei Investoren das Signal setzen: Hier wird es weitere öffentliche Aufträge geben. Dazu gehören in den Beispielen Startaufträge für staatliche Satelliten oder die Beschaffung von Quantencomputern für öffentliche Rechenzentren. Durch diese vorkommerziellen Aufträge konnten die staatlichen Mittel gehebelt werden.

Besserer Zugang von Startups zu öffentlichen Beschaffungsaufträgen: Beispielsweise könnte ein bestimmter Anteil der öffentlichen Aufträge (z. B. 5 Prozent) an Startups vergeben werden. Gründerinnen wollen wir die Vereinbarkeit von Selbständigkeit und Familie erleichtern (z. B. verlässliche Betreuungsstrukturen). Grundlagen für Wagniskapital stärken: Die letzte CDU-geführte Bundesregierung hat bereits viel getan, indem sie die öffentlichen Wagniskapital-Investitionen von vier auf 20 Mrd. Euro verfünffacht, den Zukunftsfonds, die KfW Capital und die SPRIND aufgebaut hat. Diese Strategie wollen wir fortschreiben, insbesondere durch größere Investitionen staatlicher Fonds (Rentenfonds, KENFO, RAG Stiftung, etc.) in junge Technologieunternehmen. Zudem wollen wir die Regulierung im Rahmen von Solvency und Basel für Investitionen in junge Technologieunternehmen gezielt verbessern.



Wir wollen bürokratische Vorgaben bei der Vergabe von Fördermitteln des Bundes abbauen und die Berichtspflichten der Zuwendungsempfänger reduzieren. Den Transfer wollen wir unter anderem durch die im Aufbau befindliche Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) verbessern. Zudem wollen wir die Skalierung neuer Technologien stärker fördern. Mit dem Deutschland-Fonds wollen wir wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Mit dem Fonds wollen wir beispielsweise Kapital für hochinnovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Bereich KI mobilisieren.



Wir haben in dieser Legislatur die Forschungszulage ausgebaut, insbesondere durch die Anhebung der Obergrenze der förderfähigen Aufwendungen auf mehr als das Doppelte und die Einführung eines höheren Fördersatzes für KMU. Wir werden die Forschungszulage weiter ausweiten. Staat und Unternehmen sollen mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren.

Wir werden die Gründungskultur weiter stärken. Darum wollen wir den Wissenstransfer in die Gründung weiter unterstützen und beschleunigen und Verfahren verschlanken. Zudem wollen wir Initiativen von Professor\*innen, die sich neben Lehre und Forschung auch für Transfer und Unternehmertum engagieren, unterstützen. Der Leuchtturmwettbewerb Startup Factories ist wichtig dafür, innovative Start-Up-Ökosysteme aus Hochschulen und privaten Partnern auszubauen. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) werden wir weiter unterstützen.



Deutschland muss wieder ein attraktiver Standort für Spitzenforscher werden. Wir wollen Kräfte durch Public Private Partnerships bündeln und die steuerliche Forschungsförderung weiter stärken. Bei der Forschungs- und Innovationsförderung wollen wir weniger auf aufwändige Antragsbürokratie setzen und stärker auf Personenförderungen nach dem Modell der ERCGrants, bei denen Wissenschaftler finanzielle Mittel zur relativ freien Verfügung für ihre Arbeit erhalten. Ebenso setzen wir auf erfolgsbasierte Fördermodelle, beispielsweise nach einem Meilensteinsystem. Dabei wird eine Fördersumme in Aussicht gestellt, wenn ein Meilenstein oder formales Ziel (z. B. das Design einer innovativen technologischen Anlage) erreicht wird, ohne jedoch vorzugeben, wie dieser zu erreichen ist. Das baut Antragsbürokratie ab und wirkt gleichzeitig attraktiv für internationale Forscher und Innovatoren, weil es Planbarkeit und Flexibilität gewährleistet.

## Hebel 6: Vom Brain-Drain zum Brain-Gain



Es ist in unserem ureigenen Interesse, dass die Wissenschaft in Deutschland ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt tragen wir nicht nur zur Lösung der globalen Menschheitsherausforderungen bei, sondern ermöglichen auch in Zukunft Forschung auf höchstem Niveau. Hierzu kann Deutschland auch im internationalen Vergleich viel Positives einbringen: Wissenschaftsfreiheit, ein differenziertes Wissenschaftssystem, die Wertschätzung von Neugier und erkenntnisgeleiteter Forschung sowie etablierte internationale Kooperationen. Gleichzeitig braucht unser Wissenschaftssystem transparente Karrierewege, um für kluge Köpfe attraktiv zu bleiben.

Um mehr Talente für den Wissenschaftsstandort zu gewinnen, wollen wir ein Exzellenzpaket schnüren. Dazu wollen wir prüfen, inwieweit die Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) erhöht und die AvH-Professuren in Schlüsseltechnologien ausgebaut werden können. Auch die Begabtenförderungswerke wollen wir finanziell und strukturell stärken.

Mit einer neuen digitalen Bundesagentur für Fachkräfte-Einwanderung will die CDU eine einheitliche Ansprechpartnerin für ausländische Fachkräfte einrichten: von der Anwerbung, der Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreise-Voraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Damit bündelt die Agentur alle Verfahren der Erwerbsmigration, die zurzeit zersplittert bei Auslandsvertretungen, Bundesländern, Landkreisen, Kammern und Kommunen geführt werden. Ein Wechsel von einem Bundesland ins nächste führt dann nicht mehr zum Bruch der behördlichen Betreuung. Den Fokus legen wir auf die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Nur eine konsequente Trennung der Verfahren zur Fachkräfteanwerbung von den Asylverfahren lenkt Migration in die richtige Richtung. Für faire Karrieren in den Hochschulen und in der Wissenschaft sollen Bund und Länder gemeinsam ein Konzept für offenere Hochschul- und Personalstrukturen mit mehr entfristeten Stellen erarbeiten. Hierzu wollen



Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss Zuwanderung auch künftig gelingend gestalten. Die Arbeitsmarktforschung benennt einen Bedarf von zusätzlich 400.000 Arbeits- und Fachkräften pro Jahr. Ohne Einwanderung wäre unser Land nicht nur kulturell und wirtschaftlich ärmer, sondern auch in Wissenschaft und Forschung schlechter aufgestellt. Wir sind mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen guten Schritt nach vorne gekommen. Im Wissenschaftsbereich sehen wir bereits, dass Deutschland ein hoch attraktives Zielland ist. So weist die EFI-Kommission erstmals einen positiven Wanderungssaldo von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach Deutschland aus. Wir brauchen eine Mentalität der wertschätzenden Einladung, die Menschen mit Respekt begegnet. Mit klaren und nachvollziehbaren Regeln für Zuwanderung, weniger Bürokratie und einer deutlich transparenteren und vereinfachten Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen. Wir setzen uns für eine schnellere Visavergabe auch durch schnellere Verfahren in den Botschaften ein. Mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten haben wir dazu eine klare Zuständigkeit geschaffen.



Wir haben in dieser Legislatur das veraltete Visumsystem digitalisiert und beschleunigt. Seit dem 1.1.25 kann nun an jeder deutschen Botschaft über das Auslandsportal digital ein Visum beantragt werden. Zudem haben wir eine Chancenkarte eingeführt, die es Fachkräften ermöglicht, aus dem Ausland ein Visum für 12 Monate zu erhalten, um sich in Deutschland eine Beschäftigung zu suchen. Wir werden eine Einwanderungsagentur schaffen, die die Einwanderungsprozesse modernisiert und beschleunigt. Um für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv zu sein, werden wir jede Möglichkeit nutzen, um Talente gezielter anzuwerben. Damit Neubürger\*innen gut ankommen und sich hier willkommen fühlen, werden wir eine Integrationsoffensive starten. Zudem wollen wir Akteure für internationale Wissenschaftskooperationen stärken und die Potentiale internationaler Aktivitäten besser heben, um die Attraktivität des deutschen Forschungsstandorts auch im Ausland noch prominenter sichtbar zu machen.



Unser Land braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt, um so auch den Forschungsstandort Deutschland zu stärken. Dabei steht Deutschland längst in einem internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Mit dem Einwanderungsgesetz haben wir bereits die Regeln verbessert. Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Bürokratische Hürden müssen weiter abgebaut werden. Wir streben daher eine Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration an. Wir wollen, dass Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern wollen, es nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben. Um einen solchen One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der gesamte Visaprozess auf den Prüfstand gestellt werden. Daher stehen wir der Idee einer Einführung eines „Innovationsvisums“ zur gezielten Anwerbung von Talenten durchaus offen gegenüber. Indem wir in der Forschungsförderung verstärkt auf Personalförderung nach dem Vorbild der ERC-Grants oder des Emmy-Noether-Programms der DFG setzen, können wir attraktivste Bedingungen für internationale Spitzenforscher und -forscherinnen an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen. Diese Programme bieten exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die notwendige Freiheit und Flexibilität, um ihre Forschung kreativ und eigenständig voranzutreiben.

wir prüfen, inwieweit der Bund das Tenure Track-Programm inhaltlich und finanziell erweitern kann. Dabei sollen die Hochschulen zwischen Gestaltungsoptionen wählen können, darunter Personalkategorien und Organisationsformen der Fakultäten. Auf diese Weise wollen wir einen echten Wettbewerb entzünden für ein attraktives und leistungsfähiges Wissenschaftssystem.

Für junge Wissenschaftlerinnen ist es nach wie vor schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hinzu kommt ein Gender Pay Gap für Professorinnen, der in den letzten Jahren an den Hochschulen nahezu stabil geblieben ist. Diese Einkommensschere müssen wir kritisch hinterfragen. Grundsätzlich muss für vergleichbare Arbeit ein vergleichbarer Lohn gezahlt werden. Damit Wissenschaftlerinnen zudem ihren familiären Verpflichtungen besser entsprechen können, wollen wir auf der Grundlage des Exzellenzgedankens Kinderziehungszeiten, Pflege und Auslandsaufenthalte bei Auswahlverfahren stärker gewichten.